Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 36 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 48. Halle, Mittwoch, den 29. Januar. 1919.

# Blutige Vorgänge bei Berlin.

**Das bisherige Ergebnis der Wahlen zur preußischen Nationalversammlung. — Die täglichen Keibereien auf der Pariser Entente-Konferenz. — Die Berliner Verfassungsberatungen.**

## Bisher 364 Preußen-Kandidaten gewählt.

Berlin, 29. Januar. (Priv.-Tel.) Heute früh lagen aus 21 von 23 preußischen Wahlkreisen die Ergebnisse der Wahlen vor. Es fehlen nur noch die Kreise Posen, Trier und ein Teil von Düsseldorf, alles Kreise, die in das besetzte Gebiet fallen. Nach diesen Ergebnissen wurden gewählt: Demokraten 62, Mehrheitssozialisten 141, Unabhängige 24, Deutsche Volkspartei 16, Deutschnationale 39, Zentrum 77, Welfen und Bauerndemokraten 5, zusammen 364. 37 Sitze aus den oben angegebenen Bezirken stehen noch aus.

Eine weitere Meldung besagt:

WTB. Berlin, 29. Januar. Das Endresultat aus den Wahlen zur preußischen Landesversammlung liegt nunmehr nach nichtamtlichen Meldungen vor. Lediglich das Wahlergebnis aus dem Wahlkreise 8 (Posen) mit 21 Mandaten fehlt noch und konnte bisher nicht beschafft werden. Von den 401 Mandaten entfallen auf die sozialdemokratische Partei Deutschlands 142, auf die christliche Volkspartei 87, auf die Deutsche demokratische Partei 61, auf die Deutschnationale Volkspartei 41, auf die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands 24 und auf die Deutsche Volkspartei 18 Mandate. Außerdem haben erhalten die Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiter-Demokraten im 14. Wahlkreise (Schleswig-Holstein) einen Sitz, die Welfen im 15. Wahlkreis (Aurich-Stade-Osnabrück) zwei Sitze und im 16. Wahlkreise (Hannover-Hildesheim-Lüneburg) 4 Sitze.

## Blutvergießen in Groß-Lichterfelde.

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, haben sich heute vormittag auf dem Bahnhof Groß-Lichterfelde-Ost blutige Vorgänge abgespielt. Dort sollte heute morgen eine Kompagnie des Freiwilligen-Regiments Rothe verladen werden, das für den Grenzschutz Ost bestimmt nach Oberschlesien abtransportiert werden sollte. Als die Verladung im Gange war, kamen einige frühere Angehörige des Freiwilligen-Regiments, die vor einigen Tagen entlassen waren, und störten die Arbeiten. Sie versuchten die Mannschaften zur Verweigerung ihrer Dienste zu bewegen und sie von der Fahrt nach Oberschlesien abzubringen. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, die schließlich so weit gingen, daß der Anführer der Aufwiegler einen Revolver zog und einen Unteroffizier des Regiments in den Kopf schoß. Man brachte den Schwerverletzten nach einem Sanatorium, wo er bewußtlos eingeliefert wurde. Der Bahnhof ist gesperrt. Die Mannschaften des Freiwilligen-Regiments holten Verstärkungen herbei, worauf von seiten der Aufwiegler in Verhandlungen eingetreten wurde.

## Die Pariser Konferenz.

Haag, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Konferenz in Paris machte trotz der buchstäblich täglichen Reibereien erstaunliche Fortschritte. Die Kommissionen, die sich bereits konstituiert haben, zeitigen schnelle prinzipielle Ergebnisse. Natürlich geht es dabei nicht ohne Differenzen ab. Bei den ostasiatischen Problemen ergaben sich besonders scharfe Gegensätze zwischen Australien und Japan. Die Verteilung des deutschen Kolonialbesitzes, soweit Afrika in Betracht kommt, geht verhältnismäßig glatt von statten. Wegen Ostasien konnte man aber zu keinem bestimmten Resultat kommen. Außer Zweifel werden auch die europäischen Großmächte Japan gegenüber ein entschiedenes Wort sprechen. Das ist wenigstens der allgemeine Eindruck, der in der französischen Presse zum Ausdruck kommt. Gewisse Kreise, die es besser wissen möchten, behaupten allerdings, es bestände zwischen England und Japan ein Geheimvertrag, wonach die Inseln im Stillen Ozean nördlich vom Aequator an Japan und südlich vom Aequator an die britischen Dominions kommen sollten.

## Der Streit um das Staatenhaus.

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist von den preußischen Vertretern in der Kommission der Reichskonferenz ein Vermittlungsvorschlag in der Frage des Staatenhauses vorgelegt worden. Dieser Antrag läßt dem Staatenhause grundsätzlich das Recht der Mitentscheidung bei einzubringenden Gesetzentwürfen, schränkt es aber zu einem nur bedingten Veto ein. Im übrigen stehen die Einzelheiten des Antrages zur Debatte und haben sich die preußischen Vertreter durchaus nicht auf irgend welche Bestimmungen des Antrages festgelegt. Die Erörterungen des gesamten Verfassungsentwurfes sollen, wie berichtet, morgen fortgesetzt werden.

## Die Kämpfe bei Bromberg.

WTB. Bromberg, 28. Januar. (Amtlich.) Gegen 5 Uhr nachmittags griffen die Polen in einer Stärke von etwa 200 Mann Wilhelmsdorf an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen und unter Zurücklassung von 2 Maschinengewehren und Munition zogen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Netzfeld erfolgreiche Patrouillentätigkeit. In den übrigen Abschnitten herrscht Ruhe.

## Die Opfer von Wilhelmshaven.

**8 Tote und 30 Verwundete.**

Oldenburg, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Seit gestern abend ist die Ruhe in Wilhelmshaven wieder eingekehrt. Es ist gelungen, die Spartakisten vollkommen niederzuwerfen. Das Geld, das sie von der Reichsbank genommen haben, beträgt insgesamt 1 040 000 Mark, davon 10 000 Mark in Gold. Die Beträge haben sie zum größten Teil wieder herausgegeben. Es sollen annähernd 20 000 Mark noch nicht zurückgegeben worden sein. Bei den Straßenkämpfen sind mindestens 8 Tote und 30 Verwundete zu beklagen. Die Spartakisten, die die Kaserne besetzt hielten, wurden, nachdem die Kaserne mit Geschützen beschossen worden war, gefangen genommen und in die Einzelforts der Festung abtransportiert. Ein großer Teil der Eisenbahner hat den Streik erklärt, da die Forderungen um Lohnerhöhung noch nicht bewilligt worden sind. Der Bahnverkehr nach Wilhelmshaven ist wieder aufgenommen worden.

## Zusammensetzung der hessischen Volkskammer.

Frankfurt a. M., 29. Januar. (Priv.-Tel.) Obgleich die Wahlergebnisse in Hessen noch nicht vollständig abgeschlossen sind, dürfte sich doch an folgender Zusammensetzung der hessischen Volkskammer nichts ändern: Demokraten 18, Mehrheitssozialisten 31, Deutschnationale 6, Deutsche Volkspartei 3, Mittelstandspartei 1, Dorfbund 1, außerdem noch zwei Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien im 4. Wahlkreis.

## Die Rechte der Deutschen in Ungarn.

Budapest, 28. Januar. Ein von der ungarischen Regierung am 28. Januar erlassenes Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Ungarn sichert diesen bedeutende Rechte zu. Es verbleibt ihnen hiernach volle Autonomie für Verwaltungsrechtspflege und Unterrichtswesen. Die deutsche Sprache bleibt ihnen als Verkehrssprache zugesichert. Als gesetzgebendes Organ wird in autonomen Angelegenheiten eine deutsche Nationalversammlung fungieren. Regierungsorgan der deutschen Nation wird das deutsche Ministerium mit dem Sitz in Budapest sein.

## Brest-Litowsk von Bolschewisten besetzt.

Bern, 29. Januar. (Priv.-Tel.) Wie das „Intelligenzblatt" aus Warschau meldet, haben die Bolschewisten Brest-Litowsk besetzt.

## Ein deutscher Offizier von Polen erschlagen.

Bromberg, 28. Januar. (Priv.-Tel.) Leutnant Rogalla vom 14. Infanterie-Regiment, Sohn des Gemeindevorstehers in Schlensenau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrkolben erschlagen worden. Im schwerverletzten Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schubiner Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. — Wie uns dazu noch mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob das „Schwein" noch am Leben ist.

## Einführung des Arbeitszwanges?

Wie der „Lok.-Anz." erfährt, schweben bei den zuständigen Stellen ernste Erwägungen wegen Erlassen eines Gesetzes über die Einführung des Arbeitszwanges.

## Die Grundrechte des deutschen Volkes.

D. P. K. Man schreibt uns:

Der Leitgedanke des neuen Reichsverfassungsentwurfs ist es, die größeren Rechte des deutschen Volkes in dem aufzubauenden Volksstaat verfassungsmäßig fest zu verankern. Der alten Reichsverfassung ähnlich ist der Satz, daß die Angehörigen eines deutschen Freistaates in allen anderen deutschen Freistaaten die gleichen Rechte und Pflichten wie die eigenen Staatsangehörigen haben; aus der preußischen Verfassung stammt der Satz, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleichberechtigt sind. Aber man hat ja oftmals darüber geklagt, daß dies nicht immer allzu wörtlich genommen, daß gegen die Idee gerade dieser Bestimmung staatsbürgerlicher Gleichheit oft genug verstoßen worden ist. Stärker sagt es denn auch der neue Verfassungsentwurf „Alle Vorrechte oder rechtlichen Nachteile der Geburt, des Standes, des Berufs oder des Glaubens sind beseitigt, ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig."

Das bedeutet, daß für jeden die gleichen Vorbedingungen für den Kampf ums Dasein gewährleistet werden sollen, soweit die Menschen nach Anlage, Fähigkeiten, Eignung und Erbqualitäten aller Art überhaupt gleich sein können. Künstliche Erschwerungen und Erleichterungen soll es jedenfalls nicht mehr geben. Adlige Geburt soll ebenso wenig Vorteile wie uneheliche Geburt Nachteile bringen. Alle Plätze und Berufe sollen jedem offen stehen, der — tüchtig dazu ist. Denn was im Verfassungsentwurf ausdrücklich für das Unterrichtswesen hervorgehoben ist, daß es allen Deutschen nach Maßgabe der Befähigung zugänglich sein soll, muß ja wohl sinngemäß auch für alle anderen Einrichtungen des staatlichen Daseins gelten. Abgesehen von der natürlichen Ungleichheit ist aber die künstliche beseitigt, als eine Errungenschaft der Revolution, wie auch bei Napoleon jeder Soldat den Marschallstab im Tornister hatte.

Besonders läßt es sich der Verfassungsentwurf angelegen sein, die Freiheit von jedem Geistes- und Gewissenszwang zu betonen. Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit soll jedem Deutschen gewährleistet sein, keine kirchliche Zugehörigkeit soll erzwungen, keine freie gottesdienstliche Betätigung behindert sein; nach dem Glaubensbekenntnis soll nicht gefragt werden, keine Religionsgesellschaft soll staatliche Vorrechte genießen. Die schwierige Frage der Trennung von Kirche und Staat würde damit entschieden sein und der Kulturkampf wäre damit beendet — oder er begänne erst recht von neuem. Weit über den Umkreis der von der alten Reichsverfassung geregelten Angelegenheiten geht der Entwurf damit jedenfalls hinaus.

Unter den besonders gewährleisteten Freiheiten stehen dann noch ausdrücklich: die Freiheit der Wissenschaft und der Lehre die Freiheit der Meinungsäußerung, die von keiner Zensur beeinträchtigt sein soll, die Vereins- Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Petitionsfreiheit (an die Volksvertreter oder die zuständige Behörde sich mit Bitten oder Beschwerden zu wenden), die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, der Wohnung des Eigentums, des Postgeheimnisses. Ausnahmen von Freiheiten z. B. Enteignungen, Verhaftungen, Haussuchungen sollen nur auf reichsgesetzlicher Grundlage erfolgen können.

Eine besondere Bestimmung enthält der Verfassungsentwurf über die Innensiedlung, eine Bestimmung, die ein bodenpolitisches Programm bedeutet zur Ausgleichung sozialer Gegensätze und Unebenheiten. Danach soll zur Wiederbevölkerung des platten Landes, zur Vermehrung der Landarbeiterschaft und zur Erhöhung des Bodenertrags an Stelle der bisherigen Grundbesitzverteilung eine „gesunde Mischung von Groß- Mittel- und Kleinbesitz" treten. Ausdrücklich wird verlangt Aufteilung unwirtschaftlich genutzten Großgrundbesitzes, „insbesondere des gebundenen", zur Begründung ländlicher Heimstätten. Mit der Annahme dieser Bestimmung würde die in Preußen heiß umstrittene Fideikommißfrage für das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190129026/fragment/page=0001

ganze Reich mit einem Schlage erledigt im Sinne einer durchgreifenden Bodenbesitzreform; eine Sozialisierung würde damit angebahnt auf einem Gebiete, wo sie von vielen, auch von bürgerlichen Theoretikern und Praktikern, als dringlich und segensreich bezeichnet worden ist. Daß für manche Beteiligte damit ein Bruch mit grundlegenden eingewurzelten Überzeugungen verbunden ist, liegt auf der Hand. Der Nationalversammlung wird hier eine schwere und bedeutungsvolle Entscheidung auferlegt, die zu fällen gewiß nicht ohne ernste Geistes und Redekämpfe abgehen wird.

## Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm.

Karl Kautsky veröffentlicht in einer Beilage zur „Freiheit" Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm, dessen eingehendere kritische Würdigung vorbehalten bleibt. Einige interessante Stellen seien zunächst herausgehoben.

Im Kapitel über die Steuerpolitik schreibt Kautsky: „Die Grundlage jeder gesunden Finanzpolitik ist eine blühende Produktion, die große Ueberschüsse an Produkten liefert. Nur aus diesen Ueberschüssen können ohne Schädigung des Staates und der Bevölkerung die Steuern bezahlt werden . . . Die strengsten Steuergesetze gegen die Reichen liefern keinen Ertrag, wenn die Produktion stockt. Andererseits ist es zweckwidrig, daß man die Kerze an beiden Seiten anzündet. Der Staat ist nicht in der Lage, den Kapitalisten große Summen durch Besteuerung abzunehmen, wenn die Arbeiter vorher auf dem Wege der Lohnerhöhung den Profit und Zins aufgehoben haben."

Im Kapitel über die auswärtige Politik bemerkt Kautsky das Folgende: „Freudig wollen wir, Schulter an Schulter mit unseren auswärtigen Brüdern, für die Demokratisierung und die Sozialisierung in der ganzen Welt eintreten. Aber wir lehnen es auch zu diesem Zwecke ab, die alten Mittel der geheimen Diplomatie anzuwenden, und die Weltrevolution durch geheime Agenten und unterirdische Geldsendungen von Staatswegen als Teil unserer Regierungspolitik fördern zu wollen.

Hoffentlich werden die engeren Parteifreunde des Herrn Kautsky, die Unabhängigen, diese Ausführungen recht aufmerksam lesen. Praktisch tun sie bisher genau das Gegenteil davon. Sie unterstützen die unsinnigen Revolutionsstreiks und zünden dadurch die Kerze an beiden Seiten an. Sie kennen unterirdische Geldsendungen von Staatswegen ganz genau, ohne sie zu verhindern. Wäre es von Herrn Kautsky nicht besser gewesen, bevor er seine Richtlinien veröffentlichte, seinen engeren Parteifreunden ein Privatissimum über wahren Sozialismus und wahre Demokratie zu lesen?

## Das Wahlergebnis zum mecklenburgischen Landtag.

**Rostock, 28. Jan. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden mecklenburgischen Landtag verteilen sich die Sitze nach den vorläufigen Wahlergebnissen wie folgt:**

| | |
|---|---|
| Sozialdemokratische Partei | 31, |
| Deutschdemokratische Partei | 18, |
| Deutsche nationale Volkspartei | 8, |
| Deutsche Volkspartei | 3, |
| Mittelstandspartei | 1, |
| Dorfbund | 1, |

**und erhalten noch 2 Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des vierten Wahlkreises.**

## Der Raub der deutschen Kolonien.

**Paris, 28. Januar. (Havas.) Bezüglich der deutschen Kolonien hat die Konferenz eine Fassung vorgesehen, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten.**

## Hindenburg Ehrenbürger von Kassel.

**Kassel, 28. Januar. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in treuer Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat.**

## Gewaltiger Kohlenförder-Ausfall.

**Der „Vorwärts" wird um Aufnahme des nachfolgenden Aufrufs gebeten:**

**Bergarbeiter, Genossen! Schafft Kohlen! Die durch Kohlenmangel hervorgerufene Gassperre verhindert die Herstellung des Geldes in der Reichsdruckerei. Wenn die Gassperre längere Zeit besteht, können die Löhne für die Arbeiter, die Unterstützung für Arbeitslose nicht mehr gezahlt werden. Also schafft Kohlen! Arbeiterrat der Reichsdruckerei.**

**Nach einer Aufstellung ist in der Zeit vom 2. Dezember 1918 bis zum 2. Januar 1919 auf insgesamt 111 Schachtanlagen des Ruhrbezirks gestreikt worden, und zwar von 890 000 Schichten. Das bedeutet einen Förderausfall von 450 000 Tonnen.**

## Arbeitsruhe am 12. Februar?

**Berlin, 28. Januar. Wie der Zentralverband des deutschen Großhandels mitteilt, wird von den Wirtschaftsgruppen der Industrie, des Handels und der Banken eine große Protestaktion gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft beabsichtigt. In sämtlichen deutschen Wirtschaftszentren sollen voraussichtlich am 12. Februar große Kundgebungen stattfinden. In den Betrieben soll, abgesehen von den Banken und Lebensmittelgeschäften, an diesem Tage die Arbeit ruhen.**

## Die deutschen U-Boots-Verluste.

**Basel, 29. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Reuter meldet aus London: Während des Krieges habe Deutschland 223, England 59 U-Boote verloren. Deutschland habe 185 U-Boote abzuliefern, von denen bis zum 25. Januar 137 übergeben worden sind.**

## Düsseldorf — Hauptquartier der Spartakisten.

**Haag, 27. Jan. (Meldung des „Holländisch Nieuws-bureau".) Reuter meldet aus Brüssel: Die Spartakisten kommen aus allen Teilen Deutschlands nach Düsseldorf, weil diese Stadt in der Nähe des besetzten Gebietes liegt und die deutschen Truppen nicht gut zur Unterdrückung der Bewegung verwendet werden können. Der tatsächliche Diktator der Stadt ist der Spartakist Schnettger.**

## Neue Steuerpläne.

**Ueber die Verhandlungsgegenstände in Weimar berichtet der „Tag", man werde sich dort auch mit der Frage neuer indirekter Reichssteuern beschäftigen. Vor allem wird der Tabak wieder „bluten" müssen, und zwar in erster Linie die Zigarette. Insbesondere dürfte es sich darum handeln, auch die billigen Sorten zur Steuer schärfer heranzuziehen und die übrigen Steuersätze, wie beim Tabak, entsprechend zu erhöhen. An zweiter Stelle kommt der Zucker in Betracht; sodann dürfte eine Vereinfachung und damit zugleich eine Erhöhung des Grundstücksumsatzstempels in Angriff genommen werden, wie sich überhaupt der Ausbau der Umsatzsteuer anschließen wird, deren Sätze nicht nur erhöht werden sollen, sondern bei der auch die Verschiedenheit der Gegenstände berücksichtigt werden soll, auf die sich der Umsatz bezieht. Das gilt vorzugsweise für Luxusschen, wie Luxuswohnungen, Luxusmobilar, das Halten größerer Dienerschaft, Reisen nach dem Ausland und Zugehörigkeit zu Vergnügungsvereinen. Alle diese Fragen dürften die Kommission beschäftigen; entsprechende Vorlagen sind zu erwarten.**

## Wieder Ruhe in Wilhelmshaven.

**Berlin, 29. Januar. Aus Wilhelmshaven erfährt ein Hamburger Blatt: Von der Wilhelmshavener Funkenstation sind folgende Funksprüche ausgesandt worden: „An Staatssekretär Noske, Berlin, Ruhe in Wilhelmshaven wiederhergestellt, Eintreffen in Berlin Freitag. Kuhnt" und an A.- und S.-Rat: „Ahlhorn. Lage klärt sich. Einzelne Unstimmigkeiten werden im Laufe des Tages beseitigt. 21. Rat von Wilhelmshaven."**

## Russisches Bolschewistenbanner in Berlin.

**Berlin, 28. Januar. In der gestrigen Sitzung der Soldatenräte Groß-Berlins überbrachte eine Abordnung des Petersburger Arbeiterrates ein großes rotes Banner, das während der Sitzung auf der Tribüne gegenüber dem Präsidentensitz angebracht wurde. Die Inschrift des Banners lautete: „Dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat der Arbeiter- und Soldatenrat der Petersburger Kommune."**

## Petersburg geräumt. — Die Regierung geflüchtet.

**Paris, 21. Januar. (Havas.) Ein Telegramm aus Stockholm berichtet, daß die Räumung Petersburgs erfolgt sei. Die Petersburger Regierung soll sich nach Nowgorod geflüchtet haben. Sinowjew wurde bei einer Versammlung von Arbeitern der Putilowwerke verletzt, die sich über den Bolschewismus lustig machten.**

## Rumänisches Petroleum für Deutschland.

**Zwischen den deutschen und rumänischen Unterhändlern und der ungarischen Regierung haben, wie das „Neue Pester Journal" meldet, Verhandlungen, betreffend den Transport von Petroleum und Oel aus Rumänien auf dem Donauwege, stattgefunden. Der Transport wird durch den Bayerischen Lloyd nach Deutschland, ebenso durch Dampfer der ungarischen Schiffsverwaltung und die zurzeit im Dienst der Entente stehenden Dampfer schon mit Beginn der Schiffahrt Anfang März erfolgen. Deutschland soll zugestimmt haben, ein bestimmtes Kontingent Ungarn zu überlassen.**

# Deutsches Reich.

### Till Eulenspiegel spukt!

Wurde dem alten Herzog Wilhelm auf dem Ruhsäulchenplatz in Braunschweig, wie wir in der „Br. L. Ztg." lesen, Sonntagnacht folgendes Plakat umgehängt:

Lieber Wilhelm, steig hernieder
Und regiere du uns wieder.
Laß in diesen schlechten Zeiten
Lieber Schneider Merges reiten.

(Schneider Merges ist der Präsident der Republik Braunschweig.)

Aber damit hatte Till Eulenspiegel noch nicht genug getan. In der Nacht zum Geburtstag des Kaisers Wilhelm II. war auch die rote Fahne auf dem Landestheater in Braunschweig entfernt und an ihre Stelle die deutsche gesetzt. Außerdem war an der Stirnwand des Landestheaters ein großes Plakat mit der gedruckten Aufschrift „Nieder mit Merges!" angebracht. Anschläge mit gleicher Inschrift waren auch an das Theatergebäude angeklebt. Im Laufe des nächsten Vormittags wurden Fahne und Plakate von Matrosen wieder entfernt.

### Die Demobilmachung des deutschen Heeres.

Mit dem 18. Januar ist das gesamte Westheer in seine Demobilmachungsorte abbefördert.

Vom Ostheer, das bei Beginn der Demobilmachung rund 600 000 Mann stark war, sind bis 18. Januar rund 500 000 Mann in ihren Demobilmachungsorten eingetroffen.

Die deutschen Truppen der Türkei haben bis etwa 100 000 Mann ihre Ersatztruppenteile erreicht. Die Entlassung der Mannschaften in den Demobilmachungsorten schreitet planmäßig fort.

Am 18. Januar betrug die Stärke aller außerhalb des Reichsgebiets befindlichen Truppen rund 180 000 Mann (einschließlich Türkei). Von diesen Truppen werden, falls keine Hindernisse eintreten, die letzten in der zweiten Hälfte des Februar ihre Demobilorte erreicht haben.

### Kann die Kohlenkrise gelöst werden?

**Berlin, 28. Januar.** Die Nachricht, daß die Berliner Industrie schon demnächst von der elektrischen Kraft abgeschnitten würde, ist in der Form, wie sie von den Blättern verbreitet wurde, nicht zutreffend. Bestimmte Beschlüsse in dieser Richtung sind noch gar nicht gefaßt. Allerdings ziehen die Erwägungen der beteiligten Stellen die Stromabstellung in ihren Kreis. Um aber das Unheil von Berlin abzuwenden, wird alles getan werden, um die Zufuhren von Westfalen her auf täglich 3000 Tonnen zu steigern. Ob der Versuch gelingt, ist im wesentlichen eine Transportfrage. Die Lage in Oberschlesien ist andauernd ungünstig.

# Provinzial-Nachrichten.

### Die Soldatenräte des IV. Armeekorps und die Kommandogewalt.

# **Magdeburg, 29. Januar.** Im Rathause fand eine Tagung der Soldatenräte des IV. Armeekorps statt. Der Vorsitzende Bock-Magdeburg berichtete über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt sowie der Stellung der Soldatenräte im Friedensheere, die die Gleichstellung und Ueberordnung der Soldatenräte in den Fragen der Befehlsgewalt, der Entscheidung über Beschwerden, beseitigen wolle. Bock meint, daß sich in den Berliner Stellen der Einfluß der Majore und Leutnants schon wieder bemerkbar mache. Das 131. Infanterie-Regiment in Goßnitz (S.-A.) will aus dem XXI. Armeekorps, bei dem reaktionäre Ansichten die Oberhand gewonnen hätten, ausscheiden und zum IV. Armeekorps übertreten. Den Offizieren ist, wie einem Mitgliede des Soldatenrates des Regiments, ein Ultimatum gestellt worden, binnen kurzem Altenburg zu verlassen.

Die Versammlung beschloß, an die Soldatenräte des IV. Armeekorps folgende Drahtung zu richten:

„Die Versammelten haben die Ungültigkeit des Armeeverordnungsblattes Nr. 8 und 9 beschlossen. Die Garnisonkommandos haben diesen Beschluß durch Befehl allen Truppenteilen des Standortes und der angegliederten Garnisonen bekanntzugeben. Im Falle der Weigerung oder des Versuches, diese Verfügung des Armeeverordnungsblattes dennoch durchzuführen, sind die hieran beteiligten Offiziere zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluß ist mit allen Mitteln seitens der Soldaten unter Führung der Soldatenräte durchzuführen. Bis zur gesetzlichen Festlegung der Stellung der Soldatenräte durch einen neu einzuberufenen Reichskongreß der Soldatenräte im Bereiche des IV. A.-K. hat der Korps-Soldatenrat die ausführende Kommandogewalt in Händen. Offiziere und Beamte die sich widersetzen, sind zu entlassen."

Weiter wurde beschlossen, bis 31. Januar einen Reichskongreß einzuberufen, der beschlossen soll, die Regierung aufzufordern: zum Kriegsministerium aus jedem Korps zwei Vertreter abzuordnen, die alle Verfügungen mit zu bearbeiten und gegenzuzeichnen haben.

Ein Antrag, daß bis auf weiteres alle Verfügungen und Verordnungen, die von einer dem Generalkommando untergeordneten Stelle erfolgen, erst nach Zustimmung durch den Exekutiv-Ausschuß für die Garnison bestimmend sein sollen, wurde einstimmig angenommen.

Meinungsverschiedenheiten bestanden über den Grenzschutz Ost.

Es wurde folgender Antrag angenommen:

Der Korps-Delegiertentag möge beschließen, eine Delegation nach dem Grenzschutz Ost zu entsenden, um die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung zu prüfen.

Vier Mitglieder werden als Abordnung gewählt.

**Freiwilligen-Werbungen.**

Der Bildung von Freikorps, die nicht unter Kontrolle der Soldatenräte stehen, wie Korps Hülsen, Lützow, Heimatschutz usw., soll entgegengewirkt werden. Ein Antrag Magdeburg, der alle Freiwilligenwerbungen, außer denen unter der Kontrolle der Soldatenräte in Magdeburg, Halle, Halberstadt und Torgau, im A.-K. verbietet, fand Annahme.

Schließlich wurde noch ein Beschluß gefaßt, daß die Soldatenräte gehalten sind, allerorts in Verbindung mit den Arbeiterräten dafür zu sorgen, daß die Munitionsherstellung bis auf weiteres unterbleibt.

**Delitzsch, 28. Jan. (Eine Diebesgesellschaft,)** die sich mit dem Diebstahl von Kälbern, Schweinen, Gänsen, Hühnern usw. befaßte, ist hier aufgehoben worden. Bisher wurden als zugehörig ermittelt die russisch-polnischen Arbeiter Josef und Ignaz Stollarek, Felix Prietas, die Arbeiter Franz Tomaschewsky, Gustav Karl und Koppehl. Nach dem bisherigen Geständnis stahlen die Diebe an zwei verschiedenen Tagen in dem Dorfe Staupitz bei Torgau 2 Kälber, ein Schwein im Gewicht von 50 bis 60 Pfund, 4 Gänse, 6—7 Hühner, in Gertitz ein Läuferschwein, 3 Kaninchen, bei dem Bahnwärter Nikolaiczik auf dem Sorauer Bahnhofe und in dem alten Brauereigrundstück, Bitterfelder Str. 50 hier, Hühner und Kaninchen.

**XX Unterwiederstedt, 28. Jan. (Einbruchsdiebstahl. — Güterwagenräuber.)** Am Mittwoch abend drangen Diebe vom Oberwiederstedter Gutsgarten aus in das Wohnhaus des Ortsvorstehers Radicke ein und stahlen aus der Speisekammer das Geschlachtete von 2 Schweinen, 4 Töpfe Schmalz, 1 Topf Fleisch, ferner Hemden und 1 Bettüberzug. Die Fußspuren führten durch den Gutsgarten nach der Landstraße. — 8 Güterwagenräuber bestiegen in der Sonnabendnacht einen Güterzug am Jägerberg, wo er wegen Steigung langsam fuhr. Es gelang, einen davon, den Arbeiter Otto Luther, Hettstedt, festzunehmen. Er wurde in das Gerichtsgefängnis in Hettstedt eingeliefert.

## Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung"

**Sportgeräte für die Jugend und für Erholungsheime.** Erfreulicherweise bricht sich der Gedanke immer mehr Bahn, auch Jugendherbergen, Jugendheime und Erholungsheime für Kaufleute, Beamte, Lehrer usw. mit Sportgeräten und Sportanlagen zu versehen. So ist in den Richtlinien des Hauptausschusses für deutsche Jugendherbergen die Ausstattung der im Gebirge gelegenen Herbergen mit Schneeschuhen in die Wege geleitet. Ferner wird in den Erholungsheimen, die von den Berliner Beamten und Lehrern gegründet werden, von vornherein auch auf die Pflege des Körpers durch Turnen, Sport und Spiel Rücksicht genommen werden.

**Wald- und Geländeläufe.** Einer der schönsten und genußreichsten Zweige des Sports in der augenblicklichen Jahreszeit ist der Wald- und Geländelauf, dessen regelmäßige Veranstaltung kein Verein für Leibesübungen, welcher Richtung er auch sei, versäumen sollte. Selbst im vorgeschrittenen Alter gewöhnen sich Herz, Lunge und Muskulatur verhältnismäßig schnell an die Anforderungen des Wald-Laufes, die durch den steten Wechsel der Bewegung bekanntlich geringer erscheinen als bei einer entsprechenden Strecke auf der Fleckbahn. Auch an die kalte Temperatur gewöhnen sich die vollarbeitenden Lungen schnell. Neulinge beginnen zweckmäßigerweise mit 3—4 Kilometer, in späterer Zeit kann die Strecke gelegentlich auf 10—12 Kilometer ausgedehnt werden, ohne eine Ueberanstrengung hervorzurufen. Ein ein- oder zweimal in der Woche angesetzter Waldlauf erhält die Organe leistungsfähig und die Glieder geschmeidig und bringt einen tiefen Naturgenuß, gleichgültig, ob der Lauf bei gutem oder schlechtem Wetter, am Sonntag vormittag oder Werktag abend ausgeführt wird. Wer erst die Schönheiten des Laufs gekostet und die ersten Muskelschmerzen überwunden hat, der wird ihm und seinem Verein ein treuer Anhänger bleiben.

**Ein Stadion in Strahburg i. E.** ist bereits in Angriff genommen. Mehrere tausend Arbeiter sind damit beschäftigt, die Sportarena herzustellen, die u.a. auch Anlagen für Rad- und Pferderennen enthalten soll.

**Die erste Wahlversammlung der Deutschen Sportbehörde** für Athletik nach dem Kriege findet laut Beschluß des Vorstandes am 29. März ds. Js. statt. Der Ort der Wahlversammlung wird noch bekanntgegeben.

AMBI-ZEMENT-DACHSTEIN-
Maschine für Handbetrieb
Anfr. an: AMBI, Abt. IB 134 Berlin-Johannisthal
Arthur Müller Bauten und Industriewerke

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190129026/fragment/page=0002

# Oeffentliche Sitzung des Bürgerausschusses Halle.

**Beitritt des Hallischen Bürgerausschusses zum Reichsbürgerrat. — Bürgerausschüsse und A.- und S.-Räte. — Die Einführung des neuen Gemeindewahlrechtes im Verordnungswege.**

Der Bürgerausschuß Halle hielt gestern abend im „St. Nikolaus" seine erste Versammlung in diesem Jahre ab. Der Vorsitzende, Herr Carl Delius, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, begrüßte die Erschienenen und sprach in Erinnerung an die hinter uns liegenden stürmischen Ereignisse in Halle die Hoffnung aus, daß sich im neuen Jahre ein friedliches Verhältnis zwischen allen Teilen der Bürgerschaft herausbilden möge. Wir haben das lebhafteste Bestreben, in Frieden und Freundschaft mit allen Bürgern der Stadt zu leben und vertreten die Anschauung, daß über allen politischen Streitfragen doch nicht vergessen werden dürfe, daß wir alle Angehörige eines Volkes und alle Bürger eines Staates sind. Wenn sich alle danach im neuen Jahre richten, werde man auch im neuen Jahre friedlich miteinander auskommen.

**Nach Erledigung der Eingänge referiert dann**

Herr Carl Helms, der mit den Herren Delius und Manschewski als Delegierter nach Berlin entsandt worden war, über den

**Reichsbürgertag.**

Redner betonte den eindrucksvollen Verlauf der ganzen Tagung und schilderte den durchberatenen Verhandlungsstoff. Allgemein sei man in Berlin der Meinung gewesen, daß die Auseinandersetzung mit den A.- und S.-Räten noch kommen werde und kommen müsse. Das hätten auch die letzten Tage bewiesen und ihre mannigfachen Aeußerungen, daß die Räte auch nach der Nationalversammlung fortbestehen müßten. Eine starke Zentralgewalt sei eine dringende Notwendigkeit. (Zustimmung.) Es dürfe sich nicht verallgemeinern, daß die Berliner Regierung fast bitten müsse, um gegenüber den lokalen Gewalten ihren Willen durchzusetzen. Beachtenswert sei ein Gedanke eines Münchener Redners gewesen, der eine

**Rückführung der Arbeiterräte in Arbeitskammern gewünscht**

habe. Die Bürgerausschüsse und Bürgerräte seien, das sei auch auf der Berliner Tagung deutlich in die Erscheinung getreten, eine Notwendigkeit, und sie müßten zum mindesten solange bestehen, wie die A.- und S.-Räte in der jetzigen Weise die Verwaltung ausübten. Redner verwies darauf, daß in einer Reihe von Städten die Bürgerräte sehr segensreich gewirkt hätten. Ihre eigentliche Bedeutung würde sich erst zeigen, wenn etwa die Nationalversammlung Verordnungen ohne A.- und S.-Räte sicherstellen wollte. Mit Zustimmung gab der Redner die von dem Reichsbürgertag zur Annahme gebrachten Resolutionen (die hier seinerzeit zum Abdruck gekommen sind. Die Red.) wieder. Gegenüber einigen Ausführungen eines Redners auf der Berliner Tagung über

**die Politik auf dem Rathause**

betonte der Referent: Die Zeit, in der irgendwelche Kränzchen die Wahlen vornehmen könnten, sei endgültig vorüber. Auch in der Kommune würden die großen politischen Parteien den Wahlkampf führen und leiten müssen. Das bringe schon die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes mit sich. Die Sozialdemokratie ziehe überall in den kommunalen Wahlkampf und die bürgerlichen Parteien würden einfach folgen müssen. Schon die Stadtverordnetenwahlen in Sachsen hätten bewiesen, daß die Sozialdemokratie auf vielen Rathäusern die Mehrheit bekommen werde. Der Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit auf dem Stadthause in Halle könne nur durch eifrigste Arbeit der bürgerlichen Parteien und regste Anteilnahme der gesamten bürgerlichen Bevölkerung vorgebeugt werden. Sehr bedauerlich würde es sein, wenn auch bei den kommunalen Wahlen, wie früher, einzelne Stands- und Berufsorganisationen gesondert vorgehen würden. Durch eine auf solche Weise herbeigeführte Zersplitterung der bürgerlichen Parteien würde die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit auf vielen Rathäusern außerordentlich verstärkt werden.

Weiter wandte sich Herr Helms gegen die Art und Weise, wie das neue Gemeindewahlrecht im Verordnungswege zustande gekommen sei. Gegen das Wahlrecht selbst sei nichts zu sagen. Es sei bedauerlich, daß die Regierung auch in dieser Frage die

**zuständige preußische Nationalversammlung ausgeschaltet**

Durch die Vorwegnahme wichtiger Forderungen werde die Nationalversammlung zu einer reinen Jasage-Maschine, was ganz sicher nicht der Achtung vor der Selbstverwaltung des Volkes entspreche. Mit Recht habe die Sozialdemokratie immer Protest gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht erhoben, nicht nur wegen der ihm anhaftenden Ungerechtigkeit, sondern auch deshalb, weil es einst im Verordnungswege erlassen wurde. Heute tue aber eine sozialdemokratische Regierung gleiches wie einst die reaktionäre Regierung im Jahre 1849. Redner schließt seine Ausführungen, indem er zur Frage des Reichsbürgerrates die folgende Resolution beantragt:

Der Bürgerausschuß Halle begrüßt die Begründung des Reichsbürgerrates und schließt sich ihm an.

Er wünscht, daß baldigst eine neue Tagung einberufen wird, um Stellung zu den Verfassungsfragen und anderen wichtigen Vorkommnissen nehmen zu können.

Zur Festsetzung der Gemeindewahlen beantragt er die folgende Entschließung:

Der Bürgerausschuß Halle bedauert, daß die Regierung über die zuständige preußische Nationalversammlung hinweg die Festsetzung von Gemeindewahlen angeordnet hat. Er ist der Meinung, daß die Nationalverlung gerade in dieser Frage nicht unbefragt bleiben dürfte, um so mehr, als durch eine solche Befragung kein nennenswerter Zeitverlust hätte eintreten brauchen.

In der

**Diskussion**

ergänzte B.-A.-M. Manschewski die Ausführungen des Referenten über die Berliner Tagung. — B.-A.-M. Georg unterstrich die Ausführungen des B.-A.-M. Helms über die Gefährlichkeit eines Auftretens der einzelnen Berufsorganisationen bei den kommunalen Wahlen. — B.-A.-M. Sperl widerspricht den Ausführungen des Referenten über die Politik auf den Rathäusern. — Ihm widersprechen die Herren Georg und Minner. — B.-A.-M. Heydrich betont die dringende Notwendigkeit der Bürgerausschüsse und ihrer einheitlichen Organisation durch das Reich. Nach kurzer weiterer Diskussion werden die obigen beiden Entschließungen einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 4. Februar, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Erwerbslosen-Fürsorge.

## Kunst und Wissenschaft.

ml. **Der Riese Teutobochus.** Vor kurzem wurden in Frankreich bei der Aufdeckung einer prähistorischen Grabkammer menschliche Gebeine zusammen mit den Kinnbacken und Zähnen eines Pferdes gefunden. Diesen Fund benutzt das „Journal des Débats", das in solchen historischen Reminiszenzen groß ist, zur Erinnerung an einen ähnlichen Fund aus dem 17. Jahrhundert, der in der damaligen gelehrten Welt ungemein viel Staub aufgewirbelt hatte. Am 11. Januar 1613 arbeiteten Maurer auf dem Besitze eines Herrn von Langen unweit von Saint-Marcellin in der Dauphiné. Dabei förderten sie einen 3 Fuß unter der Erde gelegenen steinernen Sarg zutage, der die Inschrift „Teutobochus Rex" trug und ein „menschliches" Skelett enthielt, das aber 25½ Fuß lang war und einen Kopf von 5 Fuß Länge und 10 Fuß Umfang besaß. Diejenigen Teile, die nicht in Staub zerfielen, wurden nach Grenoble gebracht, wo die dortigen Gelehrten gemeinschaftlich mit jenen aus Montpellier „feststellten", daß es sich um menschliche Knochen handle. Wie ein Brief des Herrn von Langen besagt, könnten nur Unwissende diese Wahrheit leugnen. Auf Grund dieser Feststellung war damals die Annahme verbreitet, daß die gefundenen Gebeine Ueberreste des von Marius besiegten Germanenfürsten Teutobochus seien. Ein Pariser Chirurg, Habicot, der zur Zeit Ludwig XIII. gelebt und ihm ein Werk „Gigantologie" gewidmet hat, versucht ebenfalls diese Ansicht. Ein Mediziner Dr. Riolan, veröffentlicht im gleichen Jahre 1613 ein Buch, unter dem Titel „Gigantomachie", worin er Habicots Meinung bestritt und behauptete, die Gebeine wären die eines Gesandten. Nun begann ein hitziger Gelehrtenstreit. Ein oder zwei Jahre später erschien eine anonyme Broschüre „L'Imposture découverte des os humains supposés, et faussement attribués au roi Teutobochus". Darin wird gesagt, die gefundenen Ueberreste seien ein Spiel der Natur von der Erde erzeugt, was man früher von allen Fossilien annahm; ein anderer Autor hielt an der Ueberzeugung fest, daß der Sarg menschliche ebensowohl wie tierische Gebeine enthalte. Im Jahre 1618 sagte Riolan in seiner „Gigantomachie", daß die Menschen niemals größer gewesen seien, als zu seiner Zeit. Scfurt antwortete ihm Habicot mit einer aus mehr oder weniger historischen Quellen geschöpften Ansicht, die das Gegenteil bewies. Die Fehden dieser beiden Mediziner unterhielten lange Zeit das Publikum. Ruffon erzählte sie in einer seiner „Epoques de la Mature" ausgehängten Notiz: „In diesem Streit haben sich Habicot und Riolan mehr als eine Beleidigung gesagt, die durch nichts gerechtfertigt war; weder der eine, noch der andere war vernünftig genug, die in Frage kommenden Gebeine genau zu schildern; aber beide, durch den Parteihader erhitzt, haben uns mit ihren Ausführungen jedes Vertrauen zu diesen genommen." Ruffon selbst legte sich in der Angelegenheit die weise Zurückhaltung auf. Später geriet der rätselhafte Fund in Vergessenheit, aber jetzt zweifeln seit langer Zeit die Gelehrten nicht mehr daran, daß der Steinsarg mit den vermeintlichen Ueberresten des Teutobochus in Wirklichkeit das Skelett eines Mammut enthalten hat.

## Literarisches.

**„Im Lande meiner Modelle."** Von Wilhelm Kuhnert, mit 24 Steinzeichnungen, 8 farbigen Tafeln nach Gemälden des Verfassers und zahlreichen Federzeichnungen im Text. Verlag von Klinkhardt & Biermann, Leipzig. — Ein afrikanisches Jagd- und Wanderbuch, in dem der bekannte Maler über seine Erlebnisse, Studien und Jagden plaudert. Als Künstler ist Kuhnert nach Afrika hinausgegangen mit Büchse, Pinsel und Palette und seinem Malerauge hat sich das geheimnisvolle Leben in den afrikanischen Steppen, hat sich der schwarze Erdteil als ein noch unentdecktes Paradies enthüllt dessen Schönheit und Eigenart seine ganze heiße Liebe gilt. Wie er das Leben der Natur in der Wildnis belauscht, wie er die Tiere beschleicht und beobachtet, wie er auf gefährliche Jagdabenteuer auszieht und die Wunder des gewaltigen Kilimandjaro entdeckt, das ist mit der Sprache des Dichters geschildert und tief empfunden als Erlebnis, wie es nur der Seele eines Künstlers begegnen kann. Erst in diesem Buche kommt uns der Zauber der afrikanischen Urwelt ganz nahe, erst aus diesen Schilderungen erwächst in uns, oft in atemloser Spannung das Gefühl von der Größe und Monumentalität dieser geheimnisvollen Schöpfung, deren Beherrscher die Tiere sind, Elefanten und Löwen, Flußpferde und Krokodile, Gazellen und Giraffen, wo eine buntgemischte, farbige Vogelwelt in seltsamen Tönen ein vielstimmiges Orchester erschallen läßt. Was Kuhnerts Malerauge auf seinen weitausgedehnten Reisen im innersten Afrikas oder im Sudan (auch ein Kapitel über Ceylons Jagdgefilde ist angegliedert) erschaute, das haben Stift und Pinsel unmittelbar vor den Modellen festgehalten und diese Zeichnungen, Lithographien und farbigen Wiedergaben nach Gemälden umranken die farbensatten Schilderungen des Künstlers wie lebendige Illustrationen. Viele Bücher mögen über Afrika geschrieben sein, doch sicher gibt es keines, das ähnlich künstlerisch den dunklen Erdteil durchdrungen hat, das so wie Kuhnerts Werk tief in die Geheimnisse der Urwelt hineinführt.

**Hans Thoma als religiöser Maler.** In dieser, durch den Ernst des Krieges zu einer Vertiefung des Innenlebens geführten Zeit regt sich das religiöse Gefühl in weitesten Kreisen, und religiöse Dichtung und Kunst begegnet einem besonders starken Interesse. So wird manchen der ansiehende Aufsatz der bekannten Kunstschriftstellerin Mela Escherich über Hans Thoma als religiösen Maler willkommen sein, den das 8. Heft der Zeitschrift „Für Alle Welt" (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin) bringt und der durch seine stimmungsvollen Bildbeigaben in weihnachtlicher Zeit das Auge des Lesers besonders erfreuen wird.

## Vermischtes.

ml. **Die Bereitung des Marsalaweines.** Der Marsalawein wurde von einem Engländer namens John Woodhouse „erfunden". Der erste Bestandteil, der zur Herstellung dient, ist der weiße Wein von Trcrani; er enthält 13 Prozent Alkohol. Ihm fügt man das „Gegorene" zu, d. h. Most aus weißen, sehr reifen Trauben, die in große, offene Kessel getan und solange darin belassen werden, bis sie sich auf zwei Drittel ihrer Masse verringert haben. Nun wird der auf diese Weise erhaltene Most in Flaschen gefüllt und zwar immer drei Teile Most auf einen Teil reinen Alkohol. Diese Mischung läßt man stehen, bis sie die nötige „Blume" erlangt hat.

g. **Die „Zeit der Not".** Warenknappheit und Kriegsgewinnlertum führen nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in neutralen Ländern zu mancherlei unerfreulichen Erscheinungen. Zeugnis dafür sind folgende wahren Geschichten, die „Nya Dagligt Allehanda" erzählt: Der Chef einer der größten Manufakturwarenfirmen von Stockholm kam in sein Warenlager und sah mehrere Stück Kleiderstoff, guten Stoff aus entschwundenen Zeiten. Da die Preise äußerst niedrig waren, wunderte er sich, warum sie noch nicht verkauft seien. „Wir haben sie einer ganzen Menge Personen angeboten, aber keiner wollte sie." „Das wollen wir gleich haben! Preiszettel her!" Der Chef änderte eigenhändig die Preiszettel, und nach drei Tagen war kein Faden von dem Stoff mehr übrig. Nun glaubt der Leser vielleicht, der Chef hätte die Preise herabgesetzt. Im Gegenteil, er hatte sie um 50 Kronen das Meter erhöht! — Aehnlich ist eine zweite Geschichte. Eine Frau hatte einen ganz großen alten Teppich, für den sie keine Verwendung hatte, und den sie verkaufen wollte. Sie fragte einen Sachverständigen, der den Tepich auf 1000 Kronen schätzte. „Natürlich ist der Teppich mehr wert, als er ihn schätzt, überlegte die Frau und inserierte in einer Zeitung: „Teppich für 1500 Kronen zu verkaufen." Kein Käufer kam. Eine neue Anzeige: „Teppich für 2000 Kronen zu verkaufen." Wieder kein Käufer. Die Frau verlor aber nicht den Mut und inserierte zum dritten Mae: „Teppich für 3000 Kronen zu verkaufen." Nun kam ein Großkaufmann und kaufte den Teppich, sofort und ohne Bedenken. Das ist eben „die Zeit der schweren Not"!

g. **Etwas vom Kamel.** Soweit man die Geschichte zurückverfolgen kann, ist das Kamel als Haustier benutzt worden, obgleich es von Natur starken Widerwillen gegen jede Art von Zwang bekundet. Es ist stets bereit, mit seinen langen Beinen nach seinem Wärter oder nach den Hunden zu schlagen, die auf es aufpassen und es kümmert sich nicht wie das Pferd um freundliche Behandlung. Niemand, der mit Kamelen zu tun gehabt hat, hegt übrigens freundliche Gefühle gegen das Tier. Das, was für andere Tiere Gift ist, macht das Futter des Kamels aus. Es hungert auf sattigen Wiesen und magert ab, wird aber fett und stark in alkalihaltigen Sandwüsten. Plötzliche, unbegründete Panik ist sein größter Fehler. Das dümmste und schlafmützigste Kamel zeigt das Temperament eines Vollblutrennpferdes, wenn es einen weißen Stein, einen Knochenhaufen oder ein kleines Tier sieht. Wenn ein Kamel in den Sumpf gerät, verrenkt es sich die Beine und kann nie mehr aus Lastier benutzt werden. Auf dem Eise ist es hilflos, und wenn die Mongolen im Winter ihre langen Handelsreisen unternehmen, führen sie stets Sandsäcke mit, um jedem kleinen Fleckchen Eis auf dem Wege mit Sand bestreuen zu können.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

**Reichskommissar Hue über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.** Der Reichskommissar Hue, der bekannte Arbeiterführer, hat in einer Konferenz zur Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues vor der wilden Sozialisierung gewarnt. Die Sozialisierung könne nur von einer allgemeinen Volksvertretung auf legalem Wege durchgeführt werden. Das sei aber nicht von heute auf morgen möglich, zumal da man auch die Verhandlungen mit der Entente abwarten müsse. Die Zechenräte sollten nicht die Leitung der Betriebe übernehmen, sondern nur kontrollieren. Vor allem sei es Pflicht der Zechenräte, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß Sozialisierung nicht Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bedeute, sondern daß die Sozialisierung vorübergehend sogar eine Verschlechterung der Arbeitslöhne bringen würde, da auf einen Abbau der Löhne hingearbeitet werden müsse.

**Sozialisierung eines ostdeutschen Provinzkaufhauses.** Das Kaufhaus für Heeren- und Damengarderobe, Rudolf Petersdorf in Posen, Königsberg und Breslau, hat seinen Hauptsitz nach Breslau verlegt, da es unter dem Drucke der politischen Verhältnisse das Posener Stammhaus an die Bank Handlowy verkaufen mußte. Jetzt teilte die Firma ihren sämtlichen Breslauer Angestellten mit, daß sie unter Vorbehalt ihres Eigentumsrechtes nach amerikanischem Vorbilde eine Demokratisierung, beziehungsweise Sozialisierung des Gewinnes unter die mehrere hundert Personen betragenden Angestellten des Breslauer Unternehmens vom 1. Februar 1920 beschlossen habe. Verluste tragen die bisherigen Inhaber der Firma allein. Nach Abzug von 6 Proz. des Anlagekapitals und nach weiterem Abzug von 2 Prozent Risikoprämie fällt der ganze Reingewinn an die Arbeiter und Angestellten. Davon werden zunächst 10 Prozent des Gewinns einbehalten zur Errichtung einer Gartenstadt mit billigen Häusern für die am Geschäft beteiligten Personen. Der übrigbleibende Reingewinn wird verteilt zu einem Drittel an die Geschäftsleitung. Das zweite und dritte Drittel erhalten die kaufmännischen und technischen Angestellten. Ein Drittel macht unter den gegenwärtigen Verhältnissen etwa 120 000 Mark aus. Außerdem werden jeder 75 000 Mark an die Angestellten als Gratifikation in einer Höhe von 150 bis 500 Mark verteilt.

**Das elsässische Kali und die französische Industrie.** Das Ackerbauministerium hat im Verein mit dem Minister für den industriellen Wiederaufbau Maßnahmen erarifsen, um künftig unter Vermeidung jeglicher Formalität sämtliche Mengen an Kali aus dem Elsaß zur Verfügung der Landwirte zu stellen. Die Preise für Kali sind niedriger als vor dem Kriege.

**Rohe Seiden und Seidenabfälle** aller Art, die bisher beschlagnahmt waren, sind nach einer Bekanntmachung der Kriegsrohstoffabteilung wieder freigegeben.

**Kammgarnspinnerei Wernshausen.** Das Unternehmen hat in dem verflossenen Geschäftsjahre wieder günstig gearbeitet, so daß die gleiche Dividende wie im Vorjahre zur Ausschüttung gelangen dürfte. Für 1917 wurden bekanntlich auf die Stammaktien 11 Proz., auf die Vorzugsaktien 12 Proz. und außerdem ein Bonus von 10 Proz. auf beide Aktiengattungen verteilt.

**Wetternachricht der „Saale-Zeitung".**

30. Januar:

Zeitweise aufklärend, vorwiegend trocken, Frost.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Miesichner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: J. V.: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

**Weiße Zähne** erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch Chlorodont, ausgezeichnetes Zahnpflegemittel. Vorrätig in Tuben und Doseln bei Drogisten und Parfümerie-Handlungen. Fabrikation durch die Aktiengesellschaft Dresden.

**Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G.** Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Depositenkasse Reilstrasse 133. Fernspr. 6189. Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190129026/fragment/page=0003

**Walhalla-Operetten-Theater**
Täglich 7,10 Uhr
**„Inkognito."**
Optte v. Kraatz u. Kressler
Musik von Rud. Nelson.
Kasse v. 10–1½ u. 4–6 Uhr.

**Stadt-Theater**
Donnerstag, d. 30. Jan. 1918.
Anf. 6½, Ende geg. 9 Uhr:
**Nur ein Traum.**
Lustspiel v. Loth. Schmidt
Freitag:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).

**Ab Freitag, den 31. Januar 1919**
**Leipzigerstrasse 88**
Fernruf 1224
U.T
Morgen letzter Tag
Erna Morena
in
„Colomba"
# Henny Porten
in
„Die Dame, der Teufel und die Probiermamsell."
Eine teuflische Komödie in 4 Akten.

**Apollo-Theater**
Täglich 7 Uhr 15:
**„Polnische Wirtschaft"** h 6/5
Optte. in 3 Akt. v. J. Gilbert.
Fiedler Dir. Max Walden.
Vorverk. 9–1 u. 5–½7.
Sonnt. ununterbrochen.

**Karbid-**
Lampen. A 281
Karbid (markenfrei).
**Otto Spermann,**
neben Walhalla.

**Zoo.**
Donnerstag, 30. Jan. 19,
abends 7 Uhr:
**Grosses Extra-Militär-Konzert**
(Streichmusik)
ausgeführt vom gesamten Trompeterkorps d. Mansfeld. Feldart.-Reg. Nr. 75
zur Feier des 25jähr. Dienstjubiläums d. Ob.-musikmstrs. Karl Steuer
unter Leitung des Jubilars.
Eintrittspreis
1.— Mk. für die Person.
(Abonnement aufgehoben.)

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
Grosse Auswahl
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
**Albert Martick Nachf.**
Inh. Richard Ziemer.
Halle a. S., Alter Markt 2.
V126.

Konzertdirektion: Siegfried Rummerehl.
**Thaliasäle**
Dienstag, den 11. Februar 1919, abends ½8 Uhr
**Schubert-Schumann Liederabend.**
Gegeben von h 664/5
**Charlotte Bartschat, Curt Schoenert, Oskar Braun.**
Karten zu 3.10, 2,60, 2,10 und 1,05 Mk. sowie Vorzugskarten für Studierende und Schüler bei H. Hothan, Gr. Ulrichstr. u. an der Abendkasse.

**Ab Freitag den 31. Januar 1919**
U.T
**Alte Promenade 11a**
Fernruf 5738.
U.T
Das neue Monumental-Filmwerk
Eine Kunstschöpfung
von unvergleichlicher Schönheit.
# CARMEN
Grosses dramatisches Schauspiel mit spanischen Original-Stierkämpfen in 6 Akten.
**Pola Negri**
**Harry Liedtke**
Morgen letzter Tag: Die Favoritin des Thronfolgers

**Reichshof**
Alte Promenade 6. Alte Promenade 6.
Donnerstag, 30. Januar, **7 Uhr**
4. Sonderabend. A 282/5
**Klassische Opernmusik.**

**Thalia-Säle.**
Dienstag, den 4. Februar, abends 7½ Uhr
h 670/5 **Tanzspiele** von
**Ruth Schwarzkopf.**
Klassische, moderne Tänze nach Schubert, Korngold, Mozart, Marchetti, Chopin, Liszt.
Görlach-Orchester. Ritter-Flügel.
Karten 4.10, 3.10, 2.10, 1.05 M. bei Heinrich Hothan.

Oeffentlicher Vortrag
von Frl. **Dr. A. Gosche:**
**„Die Frau als Staatsbürgerin"**
mit Aussprache.
**Donnerstag, 30. Januar, abends ½9,**
im **„Gemeindehaus"**, Hohenzollernstraße 11.
Bitte um weiteste Verbreitung.
Männer und Frauen sind eingeladen.
Eintritt 20 Pfg.
Es laden ein
**Volkskirchlich-Soziale Vereinigung Sachsen-Anhalt (Ortsgruppe Halle).**
**Kreis der Männerabende des oberen Bezirks der Paulusgemeinde**
(Pastor von Broecker).

**Elektrische Licht- und Kraft-Anlagen**
führt aus A281
**Ernst Vieweg,**
Geiststraße 48.
Große Ausstellung v. Beleuchtungskörpern.

# Achtung!
Auto-Zentrale
# Erich Riemann,
Halle a. d. S.
Telephon 3709 und 1605.
# Auto-Verleihung
für Tag und Nacht und auf jede Entfernung mit erstklassig ausgestatteten Luxuswagen für Hochzeiten, Kindtaufen und Visiten etc.
**:: Spezialität: Fernfahrten ::**

**Zoo.**
Heute Mittwoch, 29. Jan.
**Vornehmer Ball.**
Musik: 10 Mann vom akt. Art.-Reg. 75. f 671
Beginn 5½ Uhr.

**Scheren,**
12 Dutzend, 6 Zoll, mit weiß d. Halm à M. 32,—
10 Dutzend 5½ Zoll à M. 22,—
25 Dutzend, sortiert, 5–6 Zoll, ia. Stahl und vernickelt à M. 28,—
gibt ab a 0152
**Jäge & Co.,**
**Eisenach i. Thür.**

**Rodelschlitten**
starke Ausführung
sehr billig.
**C. F. Ritter,**
Leipziger Strasse 90

Haltbare gute
**Schuhsenkel**
empfiehlt
Schnee Nchf., Gr. Steinstr. 84

**Hermann Marquart,**
vereidigter Bücherrevisor.
Fernspr. 685. Nordhausen. Fernspr. 685
Bücherrevisionen und Gutachten, Ordnen vernachlässigter Bücher, Einrichtungen von Buchführungen, Inventuren und Bücherabschlüsse, Aufstellen von Bilanzen u. Gewinn- und Verlustrechnungen. A373

**Aluminium-Kochgeschirre**
wieder eingetroffen.
**Burghardt & Becker.**

**Veterinäre,**
welche bereit sind, sich für den
**Grenzschutz Ost**
zur Verfügung zu stellen, wollen sich baldigst melden beim
**Generaloberveterinär Brose,**
**Korpsveterinär des IV. A.-K. Magdeburg,**
Generalkommando IV A.-K. Fürst Leopoldstraße, Viktoriaschule, Zimmer 42. A259/4

**An unsere Freunde in Stadt und Land!**

Der 26. Januar hat vollendet, was der 19. hoffnungsvoll begonnen hatte. Mit Genugtuung blickt die Deutsche demokratische Partei auf das Ergebnis der beiden Wahltage zurück; sie hat ihre Feuerprobe glänzend bestanden.

Allen denen, die durch rastlose Arbeit zu dem schönen Erfolge beigetragen haben, gebührt unser aufrichtiger Dank. Laßt die ersten Siege ein Ansporn sein zu neuen Taten! Nicht ruhen und rasten, werbt, rührt Euch und schafft, daß die Zukunft unser sei!

**Bezirksvorstand des Wahlbezirks Merseburg**
**Ortsvereins Halle.**
h 178

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190129026/fragment/page=0004